Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dingverloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Gneisenaustraße 35 (H. Querbach), Potsdamstraße 3 (W. Hoves). Geschäftsstelle Rhede: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 349 | Mittwoch, den 18. Dezember 1935 | Jahrgang 1935

Erregte Aussprache in der französischen Kammer

Vertrauensvotum für Laval mit 304 gegen 252 Stimmen.

Eine außenpolitische Erklärung Lavals.

(!) **Paris**, 17. Dezember.

Ministerpräsident Laval gab am Dienstagvormittag bei der Beratung des Haushalts des Außenministeriums eine außenpolitische Erklärung ab.

Er wolle, führte Laval eingangs aus, die Kritiken, die auf der Kammertribüne gegenüber der französischen Außenpolitik geäußert worden seien, nicht unbeantwortet lassen. Frankreich habe alles getan, um den Versuch zu machen, den Krieg zu verhindern; als er dennoch erklärt worden sei, sei in Genf der Mechanismus der kollektiven Sicherheit in Kraft gesetzt worden. Hinsichtlich der Sanktionsmaßnahmen habe sich die französische Regierung mit der britischen Regierung noch vor Beginn der Feindseligkeiten dahingehend geeinigt, daß keinerlei militärische Maßnahmen angewandt und keine Maßnahmen durchgeführt werden würden, die zu einer Blockade führen könnten. Mit einem Wort, man habe alles ausgeschaltet, was eine Ausdehnung des italienisch-abessinischen Streites auf Europa zur Folge haben könnte.

Vor Beginn der Feindseligkeiten und der Einsetzung des Verbindungsausschusses habe er, Laval, mit Sir Samuel Hoare und Eden die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen in Aussicht genommen, die zur Beendigung des Streites angewendet werden könnten. Er habe den Wunsch geäußert, daß die schärfsten Maßnahmen nicht in Kraft treten vor dem Scheitern eines neuen Vermittlungsversuches. Nachdem der Verbindungsausschuß seinen Beschluß gefaßt habe, habe Frankreich alle vorgeschriebenen Maßnahmen durchgeführt.

Verschiedentlich habe Frankreich sich bemüht, eine Grundlage für neue Verhandlungen zu finden. Kürzlich hätte die Frage der Ausdehnung der wirtschaftlichen Maßnahmen vor dem Verbindungsausschuß behandelt werden sollen. Er habe die Vertagung bez auf den 20. November [illegible] Sitzung gebeten, weil er zunächst mit Sir Samuel Hoare eine Unterredung haben wollte, von deren Wichtigkeit die Kammer überzeugt sein müßte. Diese Unterredung habe zu dem bekannten Plan geführt.

Dieser Plan stelle — er zögere nicht — dies zu erklären — für die englische Regierung und für die französische Regierung die Grenze ihrer Anstrengungen dar.

Frankreich und England seien durchaus berechtigt gewesen, das zu tun, was sie getan hätten, denn Frankreich und England seien in Genf aufgefordert worden, das Werk der Vermittlung fortzusetzen.

Man habe gesagt, daß der Plan dem Angreifer eine Belohnung ausstelle.

Zunächst sei darauf hinzuweisen, daß Frankreich keinen Plan ausgearbeitet habe und keinerlei Entschluß zu fassen hatte.

Frankreich habe nur die Aufgabe erfüllt, die ihm vom Völkerbund gestellt worden war. Dem Völkerbund gebühre es, einen endgültigen Beschluß zu fassen. Er, Laval, lehne aber die an dem Plan geübte Kritik als ungerecht und falsch ab.

Er wisse wohl, was man ihm vorwerfe, aber er sehe nicht, was für ein anderes System man vorschlagen könnte. Was würden an seiner Stelle die Gegner unternehmen? Würden sie vielleicht zu der vollkommenen und brutalen Anwendung aller Sanktionsmaßnahmen schreiten? (Zwischenruf von rechts: Sie würden den Krieg erklären! — Erneuter anhaltender Lärm und erregte Antwort von der Linken.) Die verantwortlichen Vertreter der verschiedenen Länder hätten bewußt die verschiedenen in den Völkerbundssatzungen vorgesehenen Bestimmungen beschränkt, und bewußt hätten sie jede Gefahr eines europäischen Krieges ausschalten wollen. Keiner der Vertreter der anderen Länder habe jemals eine andere Meinung geäußert. Um die Gefahr einer Ausdehnung des Krieges zu vermeiden, habe er vorgeschlagen, Anregungen zu machen, die zu einer friedlichen, ehrenhaften und gerechten Lösung des Streites führen könnten. (Erregte Zwischenrufe von links.) Die ganze Welt wolle den Frieden, und zugunsten des Friedens habe er gehandelt.

Seit dem Kriege seien verschiedene Regimes gestürzt worden. Frankreich habe sein Regime aufrechterhalten. Jedes Land sei seines eigenen Geschickes Herr. Die französische Republik wolle sich mit allen verständigen für die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa. Aus diesem Grunde habe er die Reise nach Rom und die Reise nach Moskau unternommen.

Er würde es bedauern, wenn man in das schwerwiegende Problem, das jetzt in Genf gelöst werden müßte, Ansichten über die verschiedenen ausländischen Regimes hineintragen würde. Er, Laval habe mit allen Regierungen verhandelt, die sich bereit erklärten, dem Werk des europäischen Wiederaufbaues ihren Anteil zu leihen. In der Würde Frankreichs wolle er die Sicherheit des Landes aufrechterhalten und

werde er eine Politik fortsetzen, von der einige gesagt hätten, daß sie nicht glänzend sei, die aber sein Gewissen befriedige,

weil sie ausschließlich auf die Aufrechterhaltung des Friedens abgestellt sei. (Anhaltender Beifall in der Mitte und auf der Rechten).

Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten unternahmen die Vertreter der Linksparteien einen nachdrücklichen Vorstoß gegen die Regierung. Nacheinander griffen zwei Sozialisten und ein Kommunist die Außenpolitik Lavals äußerst scharf an und warfen ihm ein Versagen gegenüber dem Völkerbund vor.

Die Aussprache nahm zeitweise einen leidenschaftlichen Charakter an. Bezeichnend war die geschlossene Einmütigkeit aller Linksparteien, einschließlich des größten Teiles der Radikalsozialisten. Es fiel auf, daß sogar Staatsminister Herriot die Ausführungen der Oppositionsredner mit zustimmendem Kopfnicken aufnahm.

Angesichts dieser Wendung sah Ministerpräsident Laval sich veranlaßt, zu erklären, daß er bereit sei, eine allgemeine Aussprache über seine Außenpolitik anzunehmen und schlug als Zeitpunkt den 27. Dezember vor.

Der Sozialistenführer Leon Blum forderte jedoch unter Bezugnahme auf die bevorstehenden entscheidenden Beratungen des Völkerbundsrates eine sofortige außenpolitische Aussprache. Er kündigte eine außenpolitische Anfrage an, die er unverzüglich einbringen werde und deren sofortige Behandlung er verlange.

Laval erklärte, daß er gegen diesen Antrag die Vertrauensfrage stellen werde.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung beschloß die Kammer einstimmig durch Erheben von den Sitzen, einen Zeitpunkt für die Behandlung der außenpolitischen Anfragen noch in dieser Sitzung festzulegen.

Anschließend begann die Aussprache über den Zeitpunkt selbst. Leon Blum beantragte die Festsetzung der Behandlung der außenpolitischen Anfragen auf den 20. Dezember. Der Radikalsozialist Pierre Cot schloß sich im Namen seiner Partei diesem Antrag an

und griff im übrigen den englisch-französischen Plan zur Beilegung des italienisch-abessinischen Streitfalles außerordentlich scharf an. Er warf Laval vor, durch Mißachtung der kollektiven Sicherheit die Sicherheit Frankreichs gefährdet zu haben. Der Kommunist Peri erklärte sich ebenfalls mit dem 20. Dezember einverstanden und fügte hinzu, je schneller ein Regierungswechsel eintrete, umso besser wäre es für Frankreich.

Laval betonte, daß er seiner außenpolitischen Erklärung vom Vormittag nichts hinzuzufügen habe.

Er lasse sich nicht darauf ein, unter erniedrigenden Umständen nach Genf zu gehen. Er werde in Genf keine andere Politik machen, als wie er sie am Vormittag dargelegt habe. Lieber wolle er abtreten!

(Fortsetzung 2. Seite)

Die Auflösung der Zweckparunternehmungen.

Abwicklung der Verträge durch Einschaltung der Sparkassen.

Berlin, 17. Dezember.

Im Reichsgesetzblatt Nr. 139 wird jetzt das Gesetz über die Auflösung von Zweckparunternehmungen vom 18. Dezember veröffentlicht. Danach dürfen Zweckparunternehmungen nicht mehr errichtet werden, bestehende werden aufgelöst. Aufgelöste können auch nach Aenderung des Gegenstandes des Unternehmens nur mit Zustimmung des Reichskommissars für das Kreditwesen fortgesetzt werden. Den Zweckparunternehmungen werden alle Verfügungen, insbesondere Zahlungen aller Art, untersagt.

Die Behandlung der Sparverträge wird wie folgt geregelt: Wenn die Zweckparunternehmung aufgelöst ist, so können aus laufenden Sparverträgen, auf die noch kein Darlehen ausbezahlt worden ist, folgende Ansprüche geltend gemacht werden. Die Sparer werden nach Verhältnis ihrer reinen Sparguthaben ohne Rücksicht auf erfolgte Kündigungen oder gegebene Terminzusagen und ohne Vorrang voreinander befriedigt, auch wenn der Sparvertrag nichtig oder anfechtbar ist. Der Sparer kann mit diesem Anspruch nicht aufrechnen. Rechte, die ein Sparer zur Sicherung der aus dem Sparvertrag sich ergebenden Leistungs-, Schadensersatz- oder Bereicherungsansprüche erworben hat, erlöschen. Unberührt bleiben Anerkenntnisse, Vergleiche und rechtskräftige Urteile.

Auf die Sparguthaben werden Zinsen nicht mehr vergütet. Die Sparguthaben werden zurückbezahlt, wie es die jeweils flüssigen Mittel zulassen. Die Kosten der Abwicklung werden vorher abgezogen. Ist, wie bei Vorfinanzierungs-, Staffel- oder Kettenverträgen, ein zugeteiltes Darlehen nicht bar ausbezahlt, sondern als Leistung auf einen andern noch nicht zugeteilten und ausbezahlten Sparvertrag desselben Sparers verrechnet worden, so gilt die Zuteilung als nicht erfolgt. In diesem Fall sind die Tilgungen, die auf das zugeteilte Darlehen geleistet worden sind, in Sparleistungen umzurechnen.

Die öffentlichen Sparkassen haben den Sparern einer Zweckparunternehmung auf Ersuchen des Reichsbeauftragten die Sparguthaben auszuzahlen. Das Ersuchen darf nicht gestellt werden, solange die Zweckparunternehmung überschuldet ist. Maßgebend ist der Stand des reinen Sparguthabens an dem Tage, an dem der Reichsbeauftragte an die Sparkasse das Ersuchen um Auszahlung richtet. Die ersuchte Sparkasse hat das Sparguthaben dem Sparer ohne Abschlag alsbald auf ein Sparkassenbuch gutzuschreiben. Mit der Gutschrift gilt der Sparer als befriedigt. Die Spareinlage bleibt bei der Sparkasse bis zum 31. Dezember 1936 gesperrt. Auf die Spareinlage werden Zinsen vom 1. Januar 1937 an vergütet. Die Forderung der befriedigten Sparer geht auf die Sparkasse über. Die Forderung ist vom 1. Januar 1937 an mit 1 v. H. über dem Zinssatz für die normalen Spareinlagen zu verzinsen. Für diese Forderung erwirbt die Sparkasse ein Pfandrecht an sämtlichen Forderungen der Zweckparunternehmung, deren Sparguthaben sie zur Auszahlung gebracht hat.

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, eine Ausfallbürgschaft bis zum Betrag von 2 Millionen Mark gegenüber den Sparkassen für die Verluste zu übernehmen, die sie durch den Ausfall ihrer Forderungen an die Zweckparunternehmungen erleiden.

Beförderungen bei der Luftwaffe.

DNB **Berlin**, 17. Dezember.

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht, Adolf Hitler, hat mit Wirkung vom 1. Dezember 1935 den Befehlshaber im Luftkreis II Berlin, Generalleutnant Kaupisch, zum General der Flieger und den Kommandeur der Fliegerschule, Oberst Christiansen, zum Generalmajor befördert. Ferner ist dem Kommandeur der Luftkreisschule II Berlin, Generalmajor Wilberg, der Charakter als Generalleutnant verliehen worden.

Belgische Gewaltpolitik.

Neue Maßnahmen gegen die Heimattreuen von Eupen-Malmedy.

○ **Brüssel**, 17. Dezember.

Nach den gestern erfolgten Ausweisungen der vier im Lütticher Ausbürgerungsprozeß verurteilten heimattreuen Malmedyer Josef Dehottay, Peter Dehottay, Heinrich Dehottay und Paul Fozius, die bis Mittwoch früh das belgische Staatsgebiet verlassen haben müssen, ist am Dienstag in Malmedy ein neuer Schlag gegen die Betroffenen erfolgt. Am Vormittag erschien im Gebäude des „Landboten", des Organs der heimattreuen Bewegung in Malmedy, dessen Besitzer Josef Dehottay ist, ein Gerichtsvollzieher in Begleitung von vier Gendarmen und beschlagnahmte das gesamte Mobiliar und Inventar einschließlich der Setzmaschinen. Gleichzeitig wurden auch in den Wohnungen der vier Ausgewiesenen Pfändungen vorgenommen. Die Maßnahme erfolgte unter der Angabe, Steuerbeträge sicherzustellen. Die Benutzung der Maschinen wurde zunächst verboten, um „eine Verringerung ihres Nutzwertes" zu verhindern. Später wurde diese Maßnahme wieder aufgehoben. Die Pfändungen sind jedoch aufrecht erhalten worden.

Ein Kumpan des Terroristen Max Hölz hingerichtet.

DNB **Berlin**, 17. Dezember.

Die Justizpressestelle teilt mit: Heute früh ist in Berlin der vom Volksgerichtshof am 25. Juli 1935 wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zum Tode verurteilte Rudolf Claus hingerichtet worden. Claus ist einer der gefährlichsten Kumpane des Terroristen Max Hölz gewesen. Wie dieser, so hat auch Claus seine noch in aller Erinnerung stehenden Terrortaten weniger aus politischen Beweggründen als aus hemmungsloser Brutalität und zur eigenen Bereicherung vollführt. Er ist schon einmal mit lebenslänglichem und später noch mit acht Jahren Zuchthaus vorbestraft, aber infolge der Amnestiegesetze von 1921 und 1928 nach Verbüßung eines geringen Teiles der Strafen wieder freigelassen worden. Auch nach der nationalsozialistischen Erhebung hat sich Claus in gleichem Geist in gefährlichstem Ausmaß hochverräterisch betätigt.

Dagegen hat der Führer und Reichskanzler die vom Volksgerichtshof am 2. August 1935 wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens gegen den früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten Albert Kayser erkannte Todesstrafe im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Kayser ist bisher nicht vorbestraft.

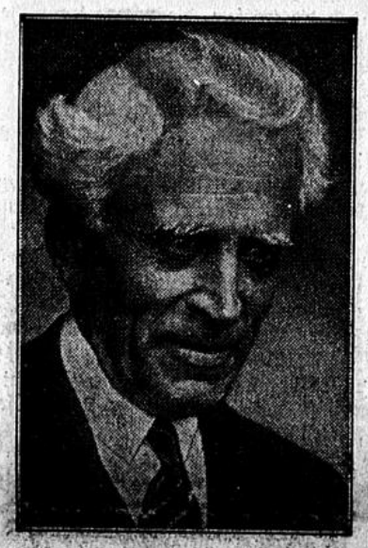
Die italienischen Einwände.

Von unserem römischen Korrespondenten.

▲ **Rom**, 17. Dezember.

Wenn es bisher nicht ganz leicht war, sich über die militärische Lage der Italiener in Ostafrika und über ihre Widerstandskraft an der wirtschaftlichen Sanktionsfront ein zuverlässiges Urteil zu bilden, so war es doch klar, daß die Lage an der diplomatisch-politischen Front am wenigsten günstig aussah. Die von Laval und Hoare in Paris ausgearbeiteten, in der letzten Fassung von der englischen und französischen Regierung gebilligten Friedensvorschläge haben dieses Bild entscheidend verändert. Italien hat offensichtlich einen politischen Gewinn gemacht, der auch durch die noch ungewissen Entscheidungen der nächsten Tage nicht mehr völlig entwertet werden kann. Damit soll über die Frage, ob die Pariser Vorschläge wirklich zum Frieden führen, garnichts gesagt sein. Aber ganz gleichgültig, was daraus werden mag, ob (wie schon zwei Mal in der jüngsten Geschichte des abessinischen Konfliktes) ein erfolgloses Zwischenspiel oder der Anfang einer dann allerdings weit über Abessinien hinausgreifenden politischen Bereinigung — es ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen, daß eine französische und eine englische Regierung einem schriftlich formulierten Vorschlag zugestimmt haben, der nicht nur den echten Ausdehnungsbedürfnissen Italiens, sondern auch den durch den italienischen Einmarsch in Abessinien gegen den Willen und gegen die Grundsätze des Völkerbundes geschaffenen Tatsachen Rechnung trägt. Die Gründe, mit denen Laval den englischen Außenminister zu dieser überraschenden und grundsätzlichen Wendung überreden konnte, sind in diesem Zusammenhang nebensächlich. Für die Italiener zählt die Tatsache, daß die zwei maßgebenden politischen Gegenspieler in einem bestimmten Augenblick bereit waren, den abessinischen Konflikt nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der verletzten Rechtsordnung des Völkerbundes, sondern lediglich unter dem Gesichtspunkt eines rein politisch gedachten Ausgleichs zu betrachten. Der Völkerbundsgedanke hat damit einen schweren Stoß bekommen. Er hat, soweit es auf Frankreich und England ankommt, in der Aktion gegen Italien seine moralische Rechtfertigung verloren. Eben dies ist der politische Gewinn der Italiener.

Nun ist freilich noch keineswegs sicher, wohin das alles führt. Den Italienern wäre es zweifellos am bequemsten gewesen, wenn der Negus die Pariser Vorschläge rundweg abgelehnt hätte. Dann hätten sie sich nur zu überlegen brauchen, welche Taktik am zweckmäßigsten zu dem Ziele geführt hätte, eine grundsätzliche Bereitschaft zur Erörterung der Pariser Vorschläge erkennen zulassen, ohne sich an die konkreten Einzelheiten zu binden. In diesem Falle wäre die moralische Basis der Sanktionen auseinandergebrochen, und die politisch und wirtschaftlich für Italien günstigen Folgen hätten kaum ausbleiben können. Indessen hat der Negus den Italienern nicht den Gefallen getan, ihre politische Lage noch weiterhin zu erleichtern. Er hat zwar gegenüber dem Reutervertreter sehr deutlich gesagt, daß er den englisch-französischen Vermittlungsvorschlag ablehnt. Aber das ist keine offizielle Antwort. Als solche liegt bis-



Spaniens neuer Ministerpräsident

Portela Valladares hat das Ministerpräsidium des neuen spanischen Kabinetts übernommen. (Weltbild-M.)

her nur seine außerordentlich geschickt formulierte Note an den Generalsekretär des Völkerbundes vor. Sie aber ist darauf abgestellt, die Vollversammlung des Völkerbundes in einer öffentlichen Diskussion vor die verantwortliche Entscheidung über die Frage zu stellen, ob die Pariser Vorschläge mit den Grundsätzen des Völkerbundes zu vereinbaren sind. Mit diesem Schachzug macht sich Abessinien alle Kräfte des Völkerbundes zu Verbündeten, die ihrerseits die Pariser Vorschläge mit nicht geringer Bestürzung aufgenommen haben. Die taktische Lage Italiens ist dadurch und ebenso durch die in England und Frankreich selbst entstandenen Gegenbewegungen gegen Hoare und Laval recht verwickelt geworden.

Noch am letzten Samstag nachmittag ist in Rom von zuständiger Seite erklärt worden, daß die italienische Regierung noch geraume Zeit brauche, um die Einzelheiten der Pariser Vorschläge sorgfältig zu studieren. Diese Erklärung und ähnliche Aeußerungen der italienischen Presse entsprangen offenbar dem sehr verständlichen Bedürfnis, erstens die politischen Chancen der Pariser Vorschläge nicht zu verderben, zweitens eine Festlegung auf Einzelheiten zu vermeiden und drittens Zeit zu gewinnen, um die weitere Entwicklung der Dinge in Genf, London und Paris klarer zu übersehen. In deutlichem Widerspruch zu dieser Zurückhaltung war am Sonntag morgen in der Zeitung „La Voce d'Italia", der Sonntagsausgabe des offiziösen „Giornale d'Italia", aus der Feder Virginio Gaydas, der mit Recht als der publizistische Anwalt und Dolmetscher der Regierung gilt, ein Leitartikel zu lesen, der zum mindesten überraschen muß. Er beginnt mit der Feststellung, daß die Pariser Vorschläge auch nicht annäherungsweise den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten der faschistischen Regierung entspreche und kritisiert dann die Einzelheiten der Pariser Vorschläge in einer Art, daß nicht sehr viel davon übrig bleibt: Die Gebietsteile, die endgültig an Italien übergehen sollen, seien zu klein; die Abtretung des Hafens von Assab und des dazu gehörigen Korridors komme nicht in Frage; und endlich seien auch die Gebiete, die unter Kontrolle des Völkerbundes auf abessinischem Boden der wirtschaftlichen Durchdringung und Besiedlung durch Italien erschlossen werden sollen, zu klein und zudem unter ein unannehmbares politisches Regime gestellt. Kündigt sich mit diesem Artikel eine Wendung der italienischen Taktik an?

Es wird gut sein, voreilige Feststellungen zu vermeiden. Theoretisch wären drei Deutungsmöglichkeiten offen:

1. Die italienische Regierung mobilisiert die öffentliche Meinung des Landes, um ihre Verhandlungsposition zu stärken und gegebenenfalls die „Opfer" recht groß erscheinen zu lassen, die man ihr zumutet.

2. Die italienische Regierung schätzt den Chancengewinn, den sie durch die Pariser Vorschläge erhalten hat, so hoch ein, daß sie glaubt, ihn noch sehr viel stärker ausnützen zu können.

3. Die italienische Regierung ist schon jetzt überzeugt, daß die Pariser Vorschläge in Genf unter den Tisch fallen und möchte deshalb auch ihrerseits davon abrücken, um eine möglicher Weise günstigere Zukunft nicht zu belasten.

Die beiden ersten Möglichkeiten würden sich ziemlich eng berühren; die dritte würde eine neue Situation schaffen. Vor der für Mittwoch einberufenen Sitzung des Großen Rates des Faschismus wird man kaum darüber Klarheit gewinnen können. Sicher ist nur, daß die Pariser Vorschläge, wie immer auch ihr Schicksal sei, die politische Stellung Italiens im Ganzen erleichtert haben.

Vereidigung des altkatholischen Bischofs Kreuzer durch Reichsminister Kerrl.

DNB **Berlin**, 17. Dezember.

Der Reichs- und Preußische Minister für die kirchlichen Angelezenheiten Kerrl empfing am Dienstag den Bischof der Altkatholiken des Deutschen Reiches, Erwin Kreuzer, zur Entgegennahme seines Eides. Dem feierlichen Akt wohnten staatlicherseits als Zeugen Ministerialdirigent von Detten und Gerichtsassessor Haug, kirchlicherseits Pfarrer Dr. Buchtan und Pfarrer Hütwohl bei. An dem zwanglosen Beisammensein, das sich der Vereidigung anschloß, nahm auch Reichsminister Dr. Frank teil.

Der Vereidigung des altkatholischen Bischofs Kreuzer kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als es zum ersten Male seit 60 Jahren der Fall ist, daß der Bischof der Altkatholiken Deutschlands von einem Reichsminister vereidigt wird. Die Bedeutung dieser Handlung geht aus den Reden hervor, mit denen dieser Akt eingeleitet und geschlossen wurde. Vor der Eidesleistung hielt Bischof Erwin Kreuzer eine Ansprache, die in einem eindrucksvollen Bekenntnis zum Führer gipfelte und in der er u. a. folgendes ausführte:

Weder für die Kirche, die ich vertrete, noch für mich selbst würde es hierzu der eidlichen Bindung bedürfen, denn zu dem, was ich gelobe, treibt mich das eigene Herz. Dennoch ist mir die Stunde willkommen, weil ich mit meiner feierlichen Verpflichtung Zeugnis davon ablegen darf, daß unsere Kirche sich dem Volkstum besonders verbunden weiß.

Unsere Aufgabe ist, bei voller Wahrung unserer katholischen Wesensart, der volklichen Verbundenheit uns rückhaltlos zu überlassen! Es ist verständlich, daß wir uns durch den völkischen Durchbruch in der deutschen Erhebung nun nicht nur als Volksgenossen, sondern auch als Kirche von einem lastenden Druck befreit fühlen.

Unsere Kirche wurzelt im Evangelium Christi und im Erbgut des alten Katholizismus, sie fühlt sich aber zugleich verwachsen mit dem, was durch das Dritte Reich in unserem deutschen Volke werden und erstarken soll, der Volksgemeinschaft, die alle Glieder und Bekenntnisse unseres Volkes umfassen soll. So darf ich als Bischof meiner Kirche dieses Dritte Reich in herzlichster Hingabe begrüßen. Wir danken ihm, daß er auch die Besonderheit unserer kleinen Minderheit achtet.

Was an mir liegt, wird es mein ernstes Streben sein, die Verpflichtung der Volksverbundenheit und die Treue zum Staate und seinem Führer in allen ihren Gliedern wach zu halten, zu hegen und zu pflegen. So gedenke ich in dankbarer Verehrung in dieser bedeutungsvollen Stunde, in der ich ihm ohne Rückhalt den Eid der Treue ablege, des Mannes, der dieses Dritte Reich heraufführte: Ich grüße den Führer!

Der Minister gab u. a. zur Antwort: Von Ihrer Bereitwilligkeit, den Eid der Treue als katholischer Bischof der Altkatholiken zu leisten, habe ich als Vertreter der deutschen Reichsregierung gern Kenntnis genommen.

Mit Befriedigung darf ich als der Reichs- und preußische Minister für die kirchlichen Angelegenheiten heute feststellen, daß die Haltung der altkatholischen Volksgenossen in ihrer geistlichen Leitung zu Staat und Partei bisher stets eine rückhaltlos bejahende war, daß dieses Verhältnis keinerlei Trübung aufweist und wohl auch in Zukunft nicht aufweisen wird, da sich die altkatholische Kirche nach Ihrer Versicherung, Herr Bischof dem Volkstum und dem neuen Staat besonders verbunden fühlt. In dieser Verbundenheit erblicke ich die beste Bürgschaft für ein gedeihliches Zusammenarbeiten der staatlichen und kirchlichen Gewalten. Die nationalsozialistische Bewegung, die, wie ich in dieser feierlichen Stunde mit besonderem Nachdruck betone, auf dem Boden des positiven Christentums steht, hat für den Altkatholizismus eine große innere Bedeutung.

Derjenigen Kirche, die innerhalb des universalen Christentums die völkischen und menschlichen Interessen am besten zu verbinden weiß, gehört die Zukunft.

Wenn Sie, Herr Bischof, in diesem Geiste Ihres hohen verantwortungsvollen Amtes walten und die Treue zum neuen Staat auch unter Ihren Geistlichen und Ihren Gläubigen pflegen und fördern, dann dürfen Sie von mir die Versicherung entgegennehmen, daß die deutsche Reichsregierung der altkatholischen Kirche jederzeit Schutz und Förderung gewähren wird. Bei gegenseitigem Vertrauen und dem festen Willen, den staatlichen und kirchlichen Belangen gleichermaßen gerecht zu werden, kann der Segen nicht ausbleiben. In dieser Zuversicht hat die deutsche Reichsregierung Ihre Wahl gebilligt.

Mit der Entgegennahme des Eides fand die feierliche Handlung ihren Abschluß.

Die Botschafter Englands und Frankreichs bei Suvich.

Römische Bemerkungen über den Völkerbund.

DNB **Rom**, 17. Dezember.

Staatssekretär Suvich vom italienischen Außenamt hat am Dienstag den englischen Botschafter Sir Eric Drummond, den Tag vorher den französischen Botschafter Chambrun empfangen. Von amtlicher italienischer Seite wird zu diesen beiden Besuchen wie auch zu dem am Montag in London und Paris ausgeführten italienischen Schritt erklärt, daß diese Unterredungen in keiner Weise als Eröffnung einer neuen Verhandlungsphase ausgelegt werden können, wenngleich nicht ausgeschlossen wird, daß in London und Paris tatsächlich Aufklärung über einige Punkte verlangt wurde. Sachlich bleibe die seit Ueberreichung der englisch-französischen Verhandlungsvorschläge entstandene Lage auch nach den letzten Unterredungen unverändert.

Zu der Tagung des Völkerbundsrates hat Italien, wie von zuständiger Seite verlautet, vorerst keinen Delegierten nach Genf entsandt.

Unter der Ueberschrift „Anomalien" wendet sich „Popolo di Roma" gegen das Fortbestehen der Sanktionen in einem Augenblick, wo vielleicht eine wochenlange Aussprache beginne. Die französisch-englischen Vorschläge seien zweifellos mangelhaft. Man müsse aber zugeben, daß ihre Verfasser eine Verbesserung der internationalen Lage erreichen wollten. Wie aber vertrage sich diese Absicht mit der praktischen Weiterführung der Sanktionen? Wie könne man eine Beruhigung der Geister in Europa erreichen, wenn die Sanktionspolitik fortgesetzt werde, deren unmittelbare Folge die Aufreizung der Gemüter sei und deren Fortsetzung naturgemäß zu den schwersten Verwicklungen führe? Diese „Anomalien" seien nicht zufällig entstanden, sondern seien die notwendige Folge des Völkerbundes, der entweder sterben oder sich erneuern müsse, der sich entweder in ein lebensfähiges Organ der Ordnung und des Friedens umwandeln oder schließlich auf den Wegeiner fortschreitenden Anarchie geraten müsse. Die letztere Entwicklung strebe vor allem Sowjetrußland an, dessen Genfer Vertreter im Völkerbund ein wichtiges Instrument für die Sowjetisierung Europas sehe, und der gerade in diesen Tagen in Genf den Sturz Lavals verlange, damit Frankreich ohne weitere Behinderung im gleichen Schritt mit England und Sowjetrußland marschieren könne. Der Zerfall des Völkerbundes sei zweifellos durch die Abwesenheit einiger wichtiger Länder wie Deutschland, Amerika, Japan und Brasilien bedingt.

Auch „Messaggero" macht die Feststellung, daß hinter allen sanktionistischen Strömungen letztlich ein bolschewistischer Plan stehe. Der Bolschewisten sei es völlig gleichgültig, wann durch Entfesselung von Haß und Leidenschaften der Wiederaufbau Europas hinausgeschoben, die Kultur des Abendlandes in Frage gestellt und die Katastrophe der weißen Rasse herbeigeführt werde. Alle, die heute den Faschismus bekämpfen, erkennen nicht, daß sie damit Holz auf den Scheiterhaufen legen, den der Bolschewismus in Brand setzen wolle. Auch dieses Blatt fragt, ob in einer solchen Atmosphäre überhaupt mit Aussicht auf Erfolg verhandelt werden könne.

Heute Unterhausrede Hoares

Mißtrauensantrag der Arbeiteropposition gegen die britische Regierungspolitik.

Kabinettssitzung ohne den Außenminister.

£ **London**, 17. Dezember.

Das britische Kabinett trat am Dienstagvormittag zu einer anderthalbstündigen Beratung zusammen, in der die Richtlinien festgelegt wurden, die dem Völkerbundsminister Eden nach Genf mitgegeben werden sollten.

An der Kabinettssitzung nahm der Außenminister Sir Samuel Hoare nicht teil. Wie verlautet, ist er erkrankt und muß das Bett hüten. Sein Arzt hat ihm dringend für mehrere Tage Bettruhe anempfohlen. Unmittelbar nach der Kabinettssitzung suchten Baldwin, Eden und Chamberlain sowie Robert Vansittart den Außenminister in seiner Wohnung auf. Ministerpräsident Baldwin verweilte dort etwa eineinhalb Stunden.

Ueber Hoares Krankheit waren Dienstag nachmittag zahlreiche Gerüchte und Vermutungen in Umlauf.

Ein Gerücht wollte Reuter zufolge wissen, Hoare sei der Kabinettssitzung ferngeblieben, da er sein Schicksal in die Hände der übrigen Minister habe legen und es ihnen habe überlassen wollen, die Lage in seiner Abwesenheit zu erörtern. Nach einer anderen Vermutung sollte Baldwin entschlossen sein, entsprechend seinem Amt die Gesamtverantwortung für die Beschlüsse des Kabinetts in der Frage der Pariser Friedensvorschläge zu übernehmen. Er habe deshalb davon Abstand genommen, den Außenminister einer „Inquisition" des Kabinetts zu unterziehen. Preß Association meldet als Ergebnis der Kabinettssitzung und der Besprechungen bei Hoare, die Regierung sei durchaus zur Verteidigung ihres Standpunktes am Donnerstag bereit.

Völkerbundsminister Eden reiste am Dienstagnachmittag planmäßig nach Genf ab.

Nach Pressemeldungen hat man ihm die Weisung mit auf den Weg gegeben, daß die Pariser Friedensvorschläge nicht unantastbar seien. England überlasse es dem Völkerbund, über ihr Schicksal zu entscheiden.

Dienstag abend wurde mitgeteilt, daß sich Außenminister Hoare, wie ursprünglich vorgesehen, an der Unterhausaussprache am Donnerstag beteiligen werde. Er wird die Erörterungen mit einer ausführlichen Darlegung der Umstände und Erwägungen eröffnen, die zur Ausarbeitung der Pariser Friedensvorschläge geführt haben.

Nach einer Reuter-Meldung wird die Rede Hoares keinen reumütigen, sondern einen kämpferischen Charakter haben. Der Außenminister werde voraussichtlich zwar nicht alle Einzelheiten aufdecken, aber dem Unterhaus doch so weitgehende Mitteilungen machen, daß man die Lage klar erkennen könne.

Die Aussprache wird vom Ministerpräsidenten Baldwin abgeschlossen werden. Wie verlautet, wird er die einfache Vertrauensfrage stellen. Er will damit die Absicht der Arbeiterpartei vereiteln, eine Abstimmung für oder gegen die Friedensvorschläge herbeizuführen und so einen Teil der Regierungsanhänger zu veranlassen, gegen die Regierungspolitik zu stimmen.

Lord Halifax teilte am Dienstag im Oberhaus mit, daß die ursprünglich auf Mittwoch angesetzte Aussprache über die Pariser Friedensvorschläge auf Donnerstag verschoben sei. Die Aussprache wird daher in beiden Häusern gleichzeitig stattfinden.

Der Landesausschuß der englischen Arbeiterpartei nahm am Dienstag eine Entschließung an, in der eine entschiedene Verwahrung gegen die Pariser Friedensvorschläge eingelegt wird.

Die Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei beschloß auf einer Sondersitzung am Dienstag nachmittag, in der Unterhausaussprache am Donnerstag folgenden Antrag gegen die Regierungspolitik einzubringen: „Die von der britischen Regierung als Grundlage für eine italienisch-abessinische Regelung vorgeschlagenen Bedingungen belohnen den Angreifer auf Kosten des Opfers, vernichten die kollektive Sicherheit und stehen im Widerspruch zu dem ausgesprochenen Willen des englischen Volkes und zur Völkerbundssatzung, für deren Unterstützung die Ehre Großbritanniens verpflichtet ist. Das Unterhaus verlangt daher, daß diese Bedingungen sofort verworfen werden."

Der Antrag wird von dem Führer der Arbeiteropposition, Attlee, eingebracht werden.

Dem Antrag ist nicht die Form eines Mißtrauensvotums gegeben worden, um es den Mitgliedern der Regierungsparteien zu ermöglichen, das Hoare-Laval-Abkommen zu kritisieren, ohne damit ihre eigene Regierung zu verurteilen.

Das Urteil über den Pariser Plan lautet in parlamentarischen Kreisen nach wie vor abfällig, aber die Stimmung der Parlamentsmitglieder gegenüber ihrer eigenen Regierung ist weniger kritisch geworden, da man mit Bestimmtheit erwartet, daß dem Parlament am Donnerstag mitgeteilt werden wird, Italien habe beabsichtigt, eine Oelsperre als Kriegshandlung aufzufassen, und die britische Regierung sei nicht überzeugt gewesen, daß angesichts einer solchen Haltung Italiens das notwendige gemeinsame Vorgehen möglich ist.

Man glaubt, daß die Wortführer der Regierung erklären werden, Großbritannien habe sich niemals zu mehr verpflichtet, als zu einem gemeinsamen Vorgehen. Und da ein solches gemeinsames Vorgehen in der Oelfrage nicht sicher gewesen sei, seien die Minister berechtigt gewesen, den nächstbesten Schritt zu tun, nämlich eine äußerste Bemühung um eine Versöhnung zu unternehmen.

Die sogenannte imperialistische Gruppe der konservativen Fraktion, die sich aus rechtskonservativen Ober- und Unterhausabgeordneten zusammensetzt, telegraphierte am Dienstag an den Ministerpräsidenten, daß sie die Bemühungen der britischen Regierung zur Lösung des italienisch-abessinischen Konflikts auf friedlichem Wege unterstütze. Das Telegramm wurde von 37 Abgeordneten unterzeichnet.

Der bekannte konservative Unterhausabgeordnete Boothby sagt in einem Brief an die „Times", die Regierung habe vor der Wahl gestanden, entweder ihren Außenminister preiszugeben oder ihre Unterschrift unter eines der schändlichsten Dokumente zu setzen, das jemals im Namen des britischen Volkes veröffentlicht worden sei. Sie habe sich zu dem letzteren entschlossen und in einer einzigen Nacht ihre Führerstellung und das Vertrauen der Welt verloren.

Eine außenpolitische Erklärung Lavals.

(Fortsetzung von der 1. Seite)

Wenn die Gegner seine Politik für so gefährlich hielten, sollten sie nicht erst bis zum 27. Dezember warten, sondern ihre Wahl sofort treffen. Laval erklärte sich einverstanden damit, daß am 27. Dezember eine umfassende allgemeine außenpolitische Aussprache erfolge. In einem Zwischenruf bezeichnete der Ministerpräsident im übrigen das Gerücht für falsch, daß Italien eine Anleihe in England versprochen worden sei, falls es den Plan annehme. — Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden von der gesamten Mitte und der Rechten mit Beifall, von der Linken mit Lärmszenen aufgenommen.

Die Kammer beschloß darauf, die allgemeine Aussprache zu beenden. Die Vertreter der einzelnen Gruppen begründeten darauf ihre Haltung bei der bevorstehenden Abstimmung. Die Radikalsozialisten hatten sich inzwischen zu einer Fraktionssitzung versammelt.

Die Abstimmung über die Festsetzung der Behandlung der außenpolitischen Anfragen auf den 27. Dezember ergab 304 Stimmen für Laval und 252 dagegen.

Die Regierung hatte bekanntlich die Vertrauensfrage gestellt.

In der weiteren Aussprache, die mit der Annahme des Haushaltsplans des Außenministeriums endete, erklärte sich Ministerpräsident Laval damit einverstanden, daß die inzwischen von dem Berichterstatter des Marineausschusses der Kammer eingebrachte Anfrage über die Flottenpolitik der Regierung gleichzeitig mit den Anfragen über die Außenpolitik am 27. Dezember behandelt werde.

Der elsässische Abgeordnete Oberkirch unterstrich die Notwendigkeit, den französisch-saarländischen Güteraustausch wieder herzustellen.

Der englische Botschafter bei Laval.

(!) **Paris**, 17. Dezember.

Ministerpräsident und Außenminister Laval hat am Dienstag nachmittag den englischen Botschafter Clerk empfangen. Um 23,20 Uhr ist Laval nach Genf abgereist.

Völkerbundsratssitzung Mittwoch nachmittag.

DNB **Genf**, 17. Dezember.

Der Völkerbundsrat wird Mittwochnachmittag 17,30 Uhr zusammentreten, um zunächst in nichtöffentlicher Sitzung sein Verfahren für die weitere Behandlung des italienisch-abessinischen Konfliktes festzulegen. Anschließend soll eine öffentliche Sitzung stattfinden, in der der portugiesische Vertreter de Vasconcellos in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Sanktionskonferenz die Ratsmitglieder über die jüngste Entwicklung offiziell unterrichten wird. Sodann werden zunächst Laval und Eden das Wort ergreifen. Es besteht der Plan, möglichst bald den 13er-Ausschuß, d. h. die Ratsmitglieder ohne Italien, mit der Prüfung der Vorschläge zu beauftragen. Damit wäre offiziell die Rückkehr zu Artikel 15 der Satzung eingeleitet.

Zerstörung einer Hitler-Eiche.

DNB **Werl**, 17. Dezember.

An der Straße Büderich—Holtum wurde in einer Anlage eine anläßlich der Machtübernahme eingeweihte Hitler-Eiche vernichtet. Es handelt sich um eine etwa 5 m hohe Jungeiche, die in einer Höhe von 2,3 m abgebrochen worden ist. Der Baum war mit Hanfstricken an Pfählen befestigt. Diese Stricke sind durchschnitten worden. Die Tat steht offenbar im Zusammenhang mit dem Prozeß Rupieper. Bisher ist eine Festnahme erfolgt.

Rückkehr zur Ordnung im Memelgebiet.

DNB **Memel**, 16. Dezember.

Das Direktorium des Memelgebietes hat die von dem Direktorium Bruvelaitis am 28. März 1935 erlassene Verordnung über den Erwerb der Eigenschaft als Bürger des Memelgebiets aufgehoben und damit die früheren Bestimmungen vom Jahre 1929 mit den Abänderungen von 1931 wieder in vollem Umfange in Kraft gesetzt.

Die Verordnung von Bruvelaitis, die im Zusammenhang mit der Wahl des Memelländischen Landtags erlassen wurde, sah für die Einbürgerungen außerordentliche Erleichterungen vor, so daß der willkürlichen Einbürgerung Tür und Tor geöffnet war.

Der Memelländische Landtag ist für den 20. Dezember, 17 Uhr, zu einer Sitzung einberufen worden. Der Landtag wird dann die auf der letzten Sitzung in erster und zweiter Lesung beratenen fünf Wirtschaftsgesetze weiter beraten.

Der griechische Ministerpräsident teilte nach einem Besuch beim König mit, daß der König der Auflösung der Nationalversammlung zugestimmt habe. Die Neuwahlen sollen am 26. Januar auf Grund des Verhältniswahlsystems vorgenommen werden. Die neue Kammer wird am 12. März zusammentreten.

Der Krieg geht weiter.

Erfolgreiche abessinische Vorstöße am Takazze-Fluß.

DNB **Rom**, 17. Dezember.

Der italienische Heeresbericht Nr. 73 verzeichnet zum ersten Mal zwei größere abessinische Vorstöße und besagt darüber folgendes:

„Beträchtliche gegnerische Kräfte, die auf 3000 Krieger geschätzt werden, haben unsere am Takazze-Fluß verteilten Beobachtungsvorposten bei dem Flußübergang von Mai Timchet (65 km südwestlich von Aksum) angegriffen. Unsere eritreaischen Truppen haben sich nach hartnäckigem Widerstand auf den Paß Dembeguina (20 km nördlich von Mai Timchet) zurückgezogen. Zur gleichen Zeit hat eine andere Gruppe abessinischer Krieger talabwärts den Fluß überschritten, um mit einem Umgehungsmanöver in der Landschaft Schiro zu operieren, deren Bevölkerung sich unterworfen hatte. Das gegnerische Manöver hat zu Kämpfen geführt, die unter reger Teilnahme unserer Luftwaffe und Tankabteilungen zurzeit im Gange sind. Bei den ersten Zusammenstößen sind vier Offiziere und neun Soldaten der Heimatarmee gefallen und drei Offiziere verwundet worden. Die Verluste der Eingeborenen-Truppen belaufen sich auf einige Dutzend Tote und Verwundete. Die Verluste des Feindes sind noch nicht festgestellt, sie sind aber beträchtlich.

Der Negus reist an die Nordfront.

DNB **Addis Abeba**, 17. Dezember.

Der Kaiser von Abessinien, der, wie bekannt, den englisch-französischen Plan zur Beilegung des italienisch-abessinischen Streitfalles als außerhalb jeder Erörterung stehend, ablehnt, trifft jetzt die letzten Vorbereitungen für die Abreise an die Nordfront, da seiner Ansicht nach alle Aussichten auf einen baldigen Frieden in weite Ferne gerückt sind. Die Ausrüstung des abessinischen Heeres wird durch das tägliche Eintreffen großer Sendungen von Waffen und Munition ergänzt. Auch Sanitätsabteilungen und Feldlazarette werden eiligst durch Karawanen nach allen Gebieten der Front entsandt.